

Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: Euro-Krise, nur Dummköpfe glauben an die Schuldenkrise, Finanzturbulenzen, „Wachstum stärken“, das Märchen vom Horror, Steuerabkommen Schweiz, Steuerkonzept der GEW, „Fachkräftemangel“, Altersdiskriminierung, die Unbelehrbaren, Streit um Mauerbau und Castro, unter Vollnarkose, G9 statt G8, wem gehört die ökonomische Bildung. (RS/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Euro-Krise](#)
2. [Heiner Flassbeck: Nur Dummköpfe glauben an die Schuldenkrise](#)
3. [Finanzturbulenzen: „Der Markt stürzt ins Chaos“](#)
4. [Rösler: Deutschland muss „Wachstumskräfte stärken“](#)
5. [Das Märchen vom Horror](#)
6. [Steuerabkommen Schweiz](#)
7. [Steuerkonzept der GEW: solidarisch und effektiv](#)
8. [Fachkräftemangel der IT-Branche hauptsächlich qualitativ, nicht quantitativ](#)
9. [Altersdiskriminierung](#)
10. [Die Unbelehrbaren](#)
11. [Streit um Mauerbau und Castro: Ulrich Maurer kritisiert „Dummheiten“ in der Linkspartei - Politik](#)
12. [Unter Vollnarkose](#)
13. [G9 statt G8: Politik setzt wieder auf Abitur nach neun Jahren](#)
14. [Wem gehört die ökonomische Bildung?](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. Euro-Krise

a. Höhere Steuern für Reiche?

Nach der Finanzkrise stehen die Staaten vor einem riesigen Schuldenberg. Der zwingt zu immer neuen Sparprogrammen. Jetzt erklären sich Superreiche bereit, zu helfen.

Quelle: [ZDF](#)

b. Finanzkrise: Sarkozy fordert Beitrag zur Staatssanierung ein

Frankreich macht Ernst: Mit einem milliardenschweren Sparprogramm will

Nicolas Sarkozy dem Druck der Finanzmärkte Paroli bieten. Vor allem die Unternehmen und die Reichen sollen einen Beitrag leisten.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *In Deutschland undenkbar, weil es ja "die Leistungsträger und die Unternehmen aus dem Land treiben" würde. Stattdessen plant Schwarz/Gelb ernsthaft Steuersenkungen.*

c. Euro-Rettungsschirm: Bundestagspräsident blockiert Schäubles Blankoscheck-Pläne

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Antidemokratisch, wahrscheinlich verfassungswidrig und auf jeden Fall völlig inakzeptabel. Wieder sollen nur die Banken gerettet werden, keineswegs der Sozialstaat, die Bürger oder die Realwirtschaft.*

2. Heiner Flassbeck: Nur Dummköpfe glauben an die Schuldenkrise

In der Tat, unsere Politiker wissen nicht mehr, was sie tun, weil ihre eigenen Vorurteile sie daran hindern, sich umzuschauen und zu erkennen, wo sie in Wirklichkeit sind. So haben sie es zugelassen oder sogar aktiv befördert, dass die Finanzkrise und die Euro-Krise in eine "Staatsschuldenkrise" umbenannt worden sind...

Was wirklich umgeht, ist Angst vor einem Absturz der Konjunktur. Und diese Angst ist vollkommen berechtigt. Die Profis an den Märkten wissen nämlich im Gegensatz zu vielen Schreiberlingen in den Zeitungsredaktionen und den unglaublich unwissenden Moderatoren in Talkshows und besonders den Nachrichtenredaktionen öffentlicher Fernsehsender, dass Staaten, die nichts im Sinn haben als zu sparen, eine ohnehin schwache Konjunktur im Nu kaputtgespart haben...

Wenn die privaten Haushalte und Unternehmen schon zu wenig Geld ausgeben, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, kann ein noch mehr als bisher sparerer Staat offenbar nur Unheil anrichten, weil er die Wirtschaft zum Absturz bringt. Überzeugen Deutschland und Frankreich gar die anderen 15 Euroländer, das Gleiche zu tun, kommt der Absturz ganz schnell. Aber die schlichte und uralte Erkenntnis, dass ein Staat nicht wie ein Privathaushalt sparen kann, um seine Verschuldung zu reduzieren, wird in Deutschland, anders als in den angelsächsischen Ländern, in den Medien nicht einmal erwähnt.

Quelle: [Badische Zeitung](#)

3. Finanzturbulenzen: "Der Markt stürzt ins Chaos"

Übertriebene Aufstiege, rasante Abstürze: Die Finanzmärkte sind nicht effizient, sagt der ehemalige Banker Paul Woolley. Im Interview erklärt er, warum die Fondsmanager immer nur kurzfristigen Trends hinterher rennen - und warum es Sache der Investoren ist, dieses Verhalten zu stoppen.

Quelle: [SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Eine brutale Analyse, gefolgt von einer Kindermärchen-Lösung.

4. **Rösler: Deutschland muss "Wachstumskräfte stärken"**

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Mitten in der Euro-Krise, bei offiziell 4 Millionen Arbeitslosen und am Vorabend einer absehbaren schweren Rezession wieder die Lüge vom "Fachkräftemangel" aufzutischen und diese offensichtlich - natürlich neben Steuergeschenke an Bestverdiener - zum Hauptthema zu machen, zeigt doch, wie unendlich weit die FDP und ihr neuer Chef von der Realität entfernt leben. Aber natürlich braucht "die Wirtschaft" in Röslers fabelhaften Irrenhaus-Welt keinerlei Nachfrage, die gerade überall wegbricht, sondern nur die richtigen (billigen) Fachkräfte. Man muß nur Prioritäten setzen.

5. **Das Märchen vom Horror**

Mit dem Ifo-Index ist ein weiteres wichtiges Konjunkturbarometer katastrophal ausgefallen. Die Angst vor einer Rezession steigt - doch sie ist zumindest für Deutschland übertrieben.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: Voodoo in Reinkultur. Aber es ist interessant, in einem Wirtschaftsblatt von den "Rekordgewinnen der Unternehmen" zu erfahren und den Appell zu Lohnerhöhungen zu lesen (den natürlich ein Dieter Hundt scharf zurückweisen würde, "weil das zarte Pflänzchen Aufschwung nicht gefährdet werden darf").

6. **Steuerabkommen Schweiz**

a. **Der Coup der Bankenrepublik**

Die Schweiz gibt zu verstehen, dass sie die Steuerflucht weiterhin dulden will. Da Schwarzgeld nun sehr billig weissgewaschen werden kann, könnte sich die

Schweiz zu einem Eldorado für Schwarzgeldflüchtlinge entwickeln, schreibt Ulrich Thielemann, deutscher Wirtschaftsethiker und ehemaliger HSG-Professor.
Quelle: [Wochenzeitung](#)

b. **“Ein regelrechter Ablasshandel”**

Noch bevor das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterzeichnet ist, wird es bereits heftig kritisiert – so auch vom Chef der Steuer-Gewerkschaft, Thomas Eigenthaler. Mit dem Vertrag soll die Steuerflucht bekämpft werden

Quelle: [Börse-Online](#)

7. **Steuerkonzept der GEW: solidarisch und effektiv**

“Der Staat hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem”, analysiert GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne angesichts der anhaltenden Diskussion um die Finanzierung dringend notwendiger öffentlicher Ausgaben für Bildung, Arbeit, Umwelt und Soziales. Das steuerpolitische Konzept der GEW sieht eine umfassende und solidarische Reform des Steuersystems vor, die dem Staat mehr als 75 Milliarden Euro jährlich zusätzlich einbringen würde.

“Die geplanten Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung der öffentlichen Bildung sind gescheitert. Die ‘Bildungsrepublik Deutschland’ bleibt eine Fata Morgana”, erklärte Thöne. “Dabei liegen die Rezepte, wie sich die Finanznot öffentlicher Haushalte abwenden ließe, auf der Hand. Fakt ist: Der Staat benötigt zur Finanzierung notwendiger Investitionen im Bildungssystem, aber auch in den Bereichen Arbeit und Umwelt sowie zur Sicherung eines leistungsfähigen Sozialstaates, mehr Geld”, so der GEW-Vorsitzende.

Thöne verwies auf das 2010 von der Bildungsgewerkschaft vorgestellte Steuerkonzept: “Die GEW schlägt eine solidarische und umfassende Reform des Steuersystems vor, um die benötigten Mehreinnahmen des Staates zu erzielen. Unabdingbar ist es, diejenigen stärker zu besteuern, die mit ihrem Kapitalvermögen die Krise überhaupt erst ausgelöst haben. Also sollen der Spitzensteuersatz und die Körperschaftsteuer wieder angehoben sowie Kapitaleinkommen und Dividenden mit dem jeweils individuellen Einkommensteuertarif vollständig besteuert werden. Notwendig ist ferner, eine Vermögen- und Finanztransaktionsteuer einzuführen. Und: Politik muss endlich erkennen, dass ihre Spar- und Kürzungspolitik falsch ist. Sie schwächt den öffentlichen Sektor, anstatt ihn zu stärken.”

Quelle 1: [GEW](#)

Quelle 2: [Broschüre „Gute Bildung ist finanzierbar“ \[PDF – 778 KB\]](#)

Quelle 3: [Interessante Statistiken und Grafiken zur Bildungsfinanzierung \[PDF – 3.2 MB\]](#)

8. **Fachkräftemangel der IT-Branche hauptsächlich qualitativ, nicht quantitativ**

Über Ursachen des von ihnen beklagten Fachkräfteengpasses haben sich Software-Unternehmen aus der Region zwischen Darmstadt, Kaiserslautern, Karlsruhe und Saarbrücken geäußert. Die IHK Darmstadt hat ihre Antworten gemeinsam mit dem südhessischen Unternehmensnetzwerk IT FOR WORK, dem Fraunhofer Institut für Experimentelles Software-Engineering in Kaiserslautern und dem Kompetenzzentrum Informatik Saarland ausgewertet.

Den Ergebnissen der Studie zufolge bemängeln die Firmen vor allem einen Qualifikations-Mismatch. Knapp drei Viertel nennen als Hinderungsgrund bei der Einstellung, dass den Bewerbern die Kombination von IT-Wissen und Wirtschaftswissen fehle. Zwei Drittel beklagen die fehlende Gesamtqualifikation, jeweils rund die Hälfte den Mangel an IT-Spezialwissen, IT-Praxiserfahrung, Soft Skills, Schlüsselkompetenzen wie Projektmanagement sowie IT-Breitenwissen. 37 Prozent halten die Gehaltsforderungen der Bewerber für zu hoch.

Quelle 1: [heise-online](#)

Quelle 2: [Ergebnis der Studie bei Software-Cluster.org \[PDF - 462 KB\]](#)

Anmerkung unseres Lesers S.S.: *Ich entwickle seit über 15 Jahren selbst Software, davon die letzten 10 Jahre angestellt in einem mittelständischen Unternehmen. Dabei hat sich das Umfeld meiner Arbeit in diesen Jahren sehr verändert. Heute wird die Arbeit, die vor zehn Jahren noch 30 Softwareentwickler leisteten, von nur noch 10 Entwicklern erwartet. Das Gehalt hat sich für mich in diesen Jahren insgesamt monatlich um 400 Euro erhöht, was im Mittelstand eben normal ist. Derzeit suchen wir händeringend 10 neue Mitarbeiter. Und finden keine. An Bewerbern mangelt es dabei nicht; obwohl allen neuen Kollegen nur noch 24 Tage Jahresurlaub (ich habe noch 30), ein mittelständisch niedriges Gehalt und die Befristung des Arbeitsverhältnisses auf 2 Jahre angeboten werden und obwohl an neue Mitarbeiter extreme Rahmenanforderungen gestellt werden, die in meinem Arbeitsvertrag nicht vorkommen: 5 Tage globale Reisebereitschaft und 15 Überstunden mit dem Gehalt abgegolten, beispielsweise. Aber die Ansprüche der fachlichen Vorgesetzten an die Qualifikation der Bewerber sind so hoch, daß bislang keine Einstellung vorgenommen wurde. Dabei hat die Arbeit, die ich leiste, gar keine so ungewöhnlichen Anforderungen; aber es hat sich die Mähr in den Köpfen der Einstellungsentscheider festgesetzt, daß man nur noch die universitär hochqualifizierte eierlegende Wollmilchsau mit 5 fließend gesprochenen Sprachen einstellen möchte, weil Fehleinstellungen die Wirtschaftsleistung des Unternehmens um bis zu 15 Monatsgehälter je Fehleinstellung schädigen. Ich selbst bin Quereinsteiger und meine bislang 10 Jahre beständige Beschäftigung spricht ja eigentlich dafür, daß ich für meine Arbeit qualifiziert genug bin. Aber irgendwie wird*

an heutige Bewerber ein Maßstab angelegt, der nur noch perfekt passende Ressourcen durchläßt, die bereits vollständig qualifiziert sind und in die man nicht weiter investieren muß.

9. Altersdiskriminierung

Neue Studien: Lage älterer Erwerbsloser unverändert schlecht. 850000 fallen aus Arbeitslosenstatistik

Quelle: [junge Welt](#)

10. Die Unbelehrbaren

Frank-Walter Steinmeier erzielte 2009 als Kanzlerkandidat mit 23 Prozent das schlechteste Wahlergebnis der SPD seit 1949; aber er konnte sich noch am Wahlabend ganz locker selbst zum Fraktionsvorsitzenden ernennen. Peer Steinbrück erlitt 2005 in Nordrhein-Westfalen nach 40 Jahren SPD-Hegemonie eine krachende Wahlniederlage; jetzt inszeniert sich Steinbrück als Hoffnungsträger für die Bundestagswahl 2013.

Quelle: [Badische Zeitung](#)

11. Streit um Mauerbau und Castro: Ulrich Maurer kritisiert "Dummheiten" in der Linkspartei - Politik

Mauerbau-Debatte, Castro-Glückwunsch: Die Linke stolpert von einem Streit in den nächsten. Fraktionsvize Ulrich Maurer hat deshalb bei einigen Parteifreunden Zweifel an der politischen Zurechnungsfähigkeit.

Quelle: [Stern.de](#)

12. Unter Vollnarkose

Das Bürgertum gibt sich geläutert: Die Linke hatte Recht schallt es durch den konservativen Blätterwald. Und die Linkes selbst? Sie fällt auf die Lippenbekenntnisse herein

Quelle: [Freitag](#)

13. G9 statt G8: Politik setzt wieder auf Abitur nach neun Jahren

Eltern und Schüler waren mit der Verkürzung der Schulzeit auf acht Jahre nie glücklich. Nun besinnt sich auch die Politik und dreht die Uhr zurück.

Quelle: [WELT](#)

14. Wem gehört die ökonomische Bildung?

Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Quelle: [initiative für eine bessere ökonomische Bildung \[PDF - 2.6 MB\]](#)